
Vorwort

1993 veröffentlichte der Autor sein erstes Buch mit dem Titel „Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung“. Ihm folgten noch weitere Aufsätze und Bücher, die sich schwerpunktmäßig mit dieser Form des Extremismus beschäftigten – zuletzt insbesondere zu den Serienmorden des rechtsterroristischen NSU. Parallel zu dieser Beschäftigung entstanden gelegentlich Analysen zum Linksextremismus, die aber bislang nicht in einem Buchprojekt mündeten. Die vorliegende Arbeit versteht sich – auch im Sinne einer Ergänzung zu der erstgenannten Schrift – als ein solches Werk. In ihm soll es um eine Darstellung wie Einschätzung des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland fern von Dramatisierung und Verharmlosung gehen. Es versteht sich eigentlich von selbst, dass mit der gewählten Begrifflichkeit keine formale oder inhaltliche Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus vorgenommen wird. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind Gegenstand gesonderter Analysen zum Gefahrenpotential.

Gelegentlich findet man im Text auch inhaltliche Wiederholungen. Sie lassen sich auf regelmäßige Erfahrungen des Autors zurückführen, wonach Kritiker nicht das ansprechen, was geschrieben steht, sondern was sie meinen, was geschrieben steht. So haben eben Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen nicht grundsätzlich und immer etwas mit Linksextremismus zu tun. Gleiches gilt für ein Engagement gegen Gentrifizierung oder Rechtsextremismus in Protestbewegungen. Die angesprochenen Wiederholungen sind Ausdruck der Hoffnung des Autors, dass solche Fehldeutungen und Missverständnisse nicht aufkommen. Angesichts der kontinuierlichen Betonung einschlägiger Positionen dürfte dies auch bei oberflächlicher Lektüre des Textes nicht möglich sein. Kommt es doch vor, so muss eine Absicht unterstellt werden. Sie ist dann Ausdruck

einer Manipulationstechnik, der es letztendlich um eine Immunisierung vor einer argumentativen Auseinandersetzung geht. Ansonsten: Ein Vorwort dient auch als „Dankeschön“: Tack ska du ha, Susanne.

Brühl im Oktober 2013

Armin Pfahl-Traugher

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung: Anspruch und Forschungsstand	1
1.1	Aktualität und Bedeutung des Themas	1
1.2	Anspruch und Charakter der Einführung	2
1.3	„Handlungsstil“ und „Organisationsform“ als Kriterien	4
1.4	Aussagekraft und Zuverlässigkeit von Mitgliederzahlen	5
1.5	Bisherige Gesamtdarstellungen zum Linksextremismus	6
1.6	Forschungsstand I: Parteipolitischer Linksextremismus	7
1.7	Forschungsstand II: Subkultureller Linksextremismus	8
1.8	Forschungsstand III: Terroristischer Linksextremismus	9
1.9	Forschungsstand IV: Gesellschaftlicher Linksextremismus	11
1.10	Verfassungsschutzberichte als Informationsbasis	12
2	Definition „Extremismus“ – „Linksextremismus“	15
2.1	Extremismus – Begriffsgeschichte und Wortbedeutung	15
2.2	Negativ-Definition von Extremismus	16
2.3	Positiv-Definition von Extremismus	18
2.4	Kritik am Extremismusverständnis	19
2.5	Kritik der Kritik am Extremismusverständnis	20
2.6	Unterscheidung von „links“ und „rechts“	21
2.7	Definition „Linksextremismus“	22
2.8	Anarchismus und Kommunismus als „Ideologiefamilien“	23
2.9	Linksextremismus und Kapitalismuskritik	24
2.10	Linksextremismus und Sozialismusforderungen	26
3	Ideologische Grundlagen I: Marxismus	29
3.1	Marxismus zwischen Ideologie und Wissenschaft	29
3.2	Anspruch des Marxismus als exklusives Modell der Gesellschaftsanalyse	31

3.3	Darstellung I: Dialektik und Materialismus als Grundlagen	32
3.4	Darstellung II: Gesellschaftsbild, Kapitalismus und Klassenkampf	33
3.5	Darstellung III: Kommunismus als Folge von Revolution und Sozialismus	34
3.6	Unangemessene Kritik am Marxismus bezüglich der extremistischen Potentiale	35
3.7	Einschätzung I: Behauptung eines absoluten Wissens über Geschichte und Mensch	37
3.8	Einschätzung II: Identitäre Gesellschaftsordnung ohne Pluralismus als Ideal.	38
3.9	Einschätzung III: Diktatur als Notwendigkeit zur Umsetzung einer Heilslehre	39
3.10	Einschätzung der Extremismuspotentiale im Marxismus	40
4	Ideologische Grundlagen II: Marxismus nach Marx	43
4.1	Leninismus I: Darstellung	43
4.2	Leninismus II: Einschätzung	44
4.3	Stalinismus I: Darstellung	45
4.4	Stalinismus II: Einschätzung	46
4.5	Trotzkismus I: Darstellung	48
4.6	Trotzkismus II: Einschätzung	49
4.7	Maoismus I: Darstellung	50
4.8	Maoismus II: Einschätzung	51
4.9	Luxemburgismus I: Darstellung	52
4.10	Luxemburgismus II: Einschätzung	53
5	Ideologische Grundlagen III: Anarchismus	55
5.1	Allgemeine Merkmale des Anarchismus	55
5.2	Individualistischer Anarchismus	56
5.3	Solidarischer Anarchismus	58
5.4	Kollektiver Anarchismus	59
5.5	Kommunistischer Anarchismus	60
5.6	Anarchosyndikalismus	61
5.7	Verhältnis von Anarchismus, Gewalt und Terrorismus	62
5.8	Kritik des Anarchismus am Marxismus	64
5.9	Kritik des Marxismus am Anarchismus	65
5.10	Einschätzung: Legitimationsprobleme des Anarchismus	66

6	Geschichte des Linksextremismus: Die KPD	69
6.1	Entstehungs- und Gründungsphase der KPD	69
6.2	Interne Entwicklungen und politische Praxis der Partei	70
6.3	Ideologie, Organisation und Strategie der KPD	72
6.4	Entwicklung der Mitglieder- und Wählerstruktur der Partei	73
6.5	Die KPD nach dem NS-Machtantritt im Exil und Widerstand	74
6.6	Abhängigkeit der Partei von der Sowjetunion	75
6.7	Organisatorische Neugründung und politische Ausrichtung der KPD	76
6.8	Mitgliederentwicklung und Organisationsstruktur der Partei	78
6.9	Resonanz der KPD in der Gesellschaft und bei Wahlen	79
6.10	Begründung und Folgen des Parteiverbots	80
7	Parteilichtischer Linksextremismus I: Die DKP	83
7.1	Gründung bzw. Neugründung der DKP	83
7.2	Aufbruchstimmung und Stagnation	84
7.3	Betriebs- und Kampagnenpolitik	86
7.4	Grundpositionen im Parteiprogramm	87
7.5	Mitgliederentwicklung und Parteistruktur	88
7.6	Bündnis- und Kampagnenpolitik	89
7.7	Betriebs- und Gewerkschaftspolitik	90
7.8	Abhängigkeit von und Steuerung durch die SED	92
7.9	Parteikrise und Spaltung	93
7.10	Entwicklung nach der Auflösung der DDR	94
8	Parteilichtischer Linksextremismus II: Die K-Gruppen und die MLPD	97
8.1	Allgemeine Merkmale der K-Gruppen	97
8.2	Typ I der K-Gruppen: KPD/ML, KPD-Maoisten und KAPD	99
8.3	Typ II der K-Gruppen: KBW, BWK und KB	100
8.4	Niedergang und Wirkung der K-Gruppen	101
8.5	Entstehung und Entwicklung der MLPD	102
8.6	Programmatik der Partei	103
8.7	Organisationsstruktur und Parteileben der MLPD	104
8.8	Wahlkandidaturen und Wahlergebnisse	106
8.9	Verhältnis zu anderen linksextremistischen Organisationen	107
8.10	Strategie und Wirkung der MLPD	108

9	Exkurs I: Die Problematik einer Einschätzung der Partei	
	„Die Linke“	111
9.1	Entwicklung von der SED zur PDS	111
9.2	Programmatische Entwicklung der PDS und „Die Linke“	112
9.3	Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung	114
9.4	Die Entwicklung von der PDS zur Partei „Die Linke“	115
9.5	Offen linksextremistische Strömungen in der Partei	116
9.6	Kooperationen mit Linksextremisten im In- und Ausland	117
9.7	Auffassungen zu „Demokratie“ und „System“ in der Partei	118
9.8	Argumente für eine Einschätzung als linksextremistisch	119
9.9	Argumente gegen eine Einschätzung als linksextremistisch	121
9.10	Bilanzierende Einschätzung zur Extremismusfrage	122
10	Organisationspolitischer Linksextremismus: Von „Avanti“ bis zu den Trotzlisten	125
10.1	Die „Marxistische Gruppe“	125
10.2	Gruppe „GegenStandpunkt“	126
10.3	Trotzkisten I: Allgemeine Merkmale	128
10.4	Trotzkisten II: „marx21“	129
10.5	Trotzkisten III: „Sozialistische Alternative“	130
10.6	„Rote Hilfe“	131
10.7	„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“	132
10.8	Gruppen des traditionellen Anarchismus	133
10.9	„Avanti – Projekt undogmatische Linke“	135
10.10	„Interventionistische Linke“	136
11	Subkultureller Linksextremismus: Die Autonomen	139
11.1	Entstehung und Vorbilder	139
11.2	Ideologie und Politikverständnis	140
11.3	Organisationsverständnis und Zusammenhalt	142
11.4	Entwicklung und Zusammensetzung	143
11.5	Aktivitäten und Strategie	144
11.6	Militanz als Grundposition	145
11.7	Gewalt als akzeptierter Handlungsstil	146
11.8	Formen von Gewaltausübung	147
11.9	Verhältnis zu anderen linken Organisationen	149
11.10	Verhältnis zu linksterroristischen Gruppen	150

12 Terroristischer Linksextremismus I: RAF	153
12.1 Entstehung der RAF in der Folge der Achtundsechziger Bewegung	153
12.2 Erste Anschläge als Beginn des „bewaffneten Kampfes“	154
12.3 Ideologie, Strategie und Strukturen der ersten RAF-Generation ..	156
12.4 Entstehung und Taten der zweiten RAF-Generation	157
12.5 Entführungen und Morde im „Deutschen Herbst“ 1977	158
12.6 Krise der zweiten RAF-Generation und Versuch einer Neuorientierung	159
12.7 Entstehung und Taten der dritten RAF-Generation	160
12.8 Scheitern und Auflösung der RAF als Gesamtprojekt	161
12.9 Internationale Verbindungen der RAF zu verschiedenen Akteuren	163
12.10 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der drei RAF-Generationen .	164
13 Terroristischer Linksextremismus II: „Bewegung 2. Juni“ und RZ	167
13.1 Die „Tupamaros West-Berlin“ als erste linksterroristische Gruppe	167
13.2 Das „Sozialistische Patientenkollektiv“ als RAF-Rekrutierungsbasis	168
13.3 Entstehung und Entwicklung der „Bewegung 2. Juni“	170
13.4 Anschläge und Entführungen durch die „Bewegung 2. Juni“	171
13.5 Krise und Zerfall der „Bewegung 2. Juni“	172
13.6 Entstehung und Entwicklung der RZ	173
13.7 Anschläge und Entführungen der RZ	174
13.8 Krise und Zerfall der RZ	175
13.9 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der drei linksterroristischen Gruppen	176
13.10 Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Links- und Rechtsterrorismus	178
14 Handlungsfelder des Linksextremismus	181
14.1 „Antiatom“	181
14.2 „Antifaschismus“	182
14.3 „Antigentrifizierung“	184
14.4 „Antiglobalisierung“	185
14.5 „Antiimperialismus“	186
14.6 „Antikapitalismus“	187
14.7 „Antimilitarismus“	188

14.8	„Antirepression“	189
14.9	„Antizionismus“	191
14.10	Funktion der Handlungsfelder	192
15	Exkurs II: Verhältnis Linksextremismus und Protestbewegungen	195
15.1	Definition von „Soziale Bewegungen“ als Arbeitsbegriff	195
15.2	Bewegung gegen die Wiederbewaffnung	197
15.3	Bewegung gegen die Atombewaffnung	198
15.4	Ostermarsch-Bewegung und die Kampagne für Abrüstung	199
15.5	Achtundsechziger Bewegung	200
15.6	Frauenbewegung	201
15.7	Anti-Atomkraft- und Ökologiebewegung	202
15.8	Bewegung gegen die Nachrüstung	204
15.9	Globalisierungskritische Bewegung	205
15.10	Einschätzung zu Linksextremismus und Protestbewegungen	206
16	Linksextremismus in ausgewählten europäischen Ländern	
	im Vergleich	209
16.1	Dänemark	209
16.2	Frankreich	210
16.3	Griechenland	212
16.4	Italien	213
16.5	Österreich	214
16.6	Polen	215
16.7	Schweden	216
16.8	Spanien	217
16.9	Tschechien	219
16.10	Vergleichende Betrachtungen	220
17	Bilanz und Schlusswort: Einschätzung des aktuellen	
	Gefahrenpotentials	223
17.1	Bedeutung der Einschätzung der Partei „Die Linke“	223
17.2	Bedeutung der orthodox-kommunistischen Parteien und Vereine	224
17.3	Bedeutung der gewaltorientierten Autonomen-Subkultur	226
17.4	Einschätzung der Gefahr einer Renaissance des Linksterrorismus	227
17.5	Parteilichter Linksextremismus im europäischen Vergleich	228
17.6	Gewaltorientierter Linksextremismus im europäischen Vergleich	229
17.7	Gefahrenpotential des Links- und Rechtsextremismus im Vergleich	230

17.8	Gesellschaftliche Akzeptanz linksextremistischer Einstellungen ..	232
17.9	Ökonomische und soziale Krisensituationen als Rahmenbedingungen	233
17.10	Bilanzierende Einschätzung des Gefahrenpotentials des Linksextremismus	234
Literatur	237

Eine kritische Bestandsaufnahme zu einem politischen Lager will einerseits die relevanten Informationen über Auffassungen und Handlungen präsentieren und sie andererseits hinsichtlich bestimmter Aspekte und Gesichtspunkte einschätzen. In der vorliegenden Monographie sollen die politischen Bestrebungen im Linksextremismus bezüglich ihrer Ablehnung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie hinsichtlich ihrer Bedeutung in Gesamtgesellschaft und Teilbereichen eingeschätzt werden. Zunächst einmal geht es aber um Aktualität und Bedeutung des Themas (1.1), Anspruch und Charakter der Einführung (1.2), „Handlungsstil“ und „Organisationsform“ als Kriterien zur Analyse der Bestrebungen (1.3), die Aussagekraft und Zuverlässigkeit von Mitgliederzahlen (1.4), die bisherigen Gesamtdarstellungen zum Thema (1.5), den Forschungsstand zum parteipolitischen (1.6), subkulturellen (1.7), terroristischen (1.8) sowie gesellschaftlichen Linksextremismus (1.9) und die Verfassungsschutzberichte als Informationsquelle (1.10).

1.1 Aktualität und Bedeutung des Themas

In den 1970er und 1980er Jahren kam der Entwicklung von politischen Bestrebungen, die unter der Sammelbezeichnung „Linksextremismus“ gefasst werden, in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung große Bedeutung zu: Die von der DDR angeleitete und finanzierte „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) konnte in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen einen gewissen Einfluss erlangen, die kommunistischen „K-Gruppen“ fanden mit ihrer maoistischen Ausrichtung bei einigen jungen Akademikern politische Akzeptanz, die gerade entstandene Autonomen-Subkultur machte mit Ausschreitungen und Gewaltakten bei Demonstrationen und Protesten auf sich aufmerksam, und linksterroristische

Gruppen führten Anschläge und Morde in brutalster Art und Weise durch. Seit Ende der 1980er Jahre gingen Aktivitäten und Anhängerzahlen in dem damit angesprochenen politischen Lager indessen immer mehr zurück, womit auch das Interesse an einschlägigen Fragen in Forschung und Medien schwand.

Gleichzeitig konnten ansteigende Gefahrenpotentiale in anderen Extremismusbereichen ausgemacht werden: Ab Beginn der 1990er Jahre führten gelegentliche Erfolge bei Wahlen und eskalierende fremdenfeindliche Gewalttaten zur erhöhten Aufmerksamkeit für den Rechtsextremismus. In der Folge der Anschläge vom 11. September 2001 verstärkte sich der Blick auf die Aktivitäten des gewaltgeneigten wie des institutionellen Islamismus in Deutschland und der Welt. Da sich an der Fixierung auf diese beiden Extremismusbereiche auch seit Beginn der 2010er Jahre nichts geändert hat, kann man die Frage stellen: Wie angemessen ist daher eine Einführung und Gesamtdarstellung zum Linksextremismus? Angesichts des Fehlens einer einschlägigen Publikation zum Thema erklärt sich allein schon dadurch die Notwendigkeit eines solchen Werkes. Und: Der Blick auf eher gefährlichere Bestrebungen in den beiden genannten Extremismusbereichen darf eben nicht zur Ignoranz gegenüber den Entwicklungen im Linksextremismus führen.

Im Sinne einer kritischen Bestandaufnahme sollen daher die bedeutendsten Daten und Einschätzungen zu Auffassungen und Handlungen in diesem politischen Lager präsentiert werden. Eine Bewertung des konkreten Gefahrenpotentials erfolgt gegen Ende der vorliegenden Monographie. Vergleichende Betrachtungen mit anderen Extremismusbereichen oder gesellschaftlichen Trends beabsichtigen dabei eine differenzierte Einschätzung, nicht eine pauschale Gleichsetzung. Immer wieder muss betont werden: Es besteht ein grundlegender Unterschied zwischen einer Gleichsetzung als Ergebnis einer Methode und eines Vergleichs als einer Methode. Darüber hinaus soll bereits hier einer anderen Fehlwahrnehmung im Kontext der Diskussion über Linksextremismus ausdrücklich widersprochen werden: Es geht mit dem Begriff um die terminologische Erfassung von Gegnern von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nicht von Kritikern von Kapitalismus und Staat. Anderslautende Einschätzungen stehen für eine bewusste Unterstellung.

1.2 Anspruch und Charakter der Einführung

Die vorliegende Monographie will eine Einführung und Gesamtdarstellung zum Thema „Linksextremismus“ sein. Die mit diesem Anspruch einhergehenden Erwartungen stehen aber in einem gewissen Spannungsverhältnis. Eine Einführung

darf nicht zu ausführlich, eine Gesamtdarstellung nicht zu kurz sein. Die hier gefundene Lösung für die inhaltliche Gestaltung des vorliegenden Werkes sieht dann wie folgt aus: Der Anspruch auf eine Einführung soll dadurch erfüllt werden, dass in einem gut verständlichen Sinne eine komprimierte Präsentation der relevanten Informationen und Wertungen erfolgt. Dabei stehen die Ideologien und Personenzusammenschlüsse im Linksextremismus im Fokus des Interesses. Gleichwohl kann dies in einer Einführung nicht – was um der Vermeidung von falschen Erwartungen deutlich gesagt werden muss – immer in einer ansonsten erwünschten Ausführlichkeit und Differenziertheit geschehen. Eine Einführung ist eben nur eine Einführung. Insofern finden sich auch häufig Hinweise auf weiterführende Literatur.

Gleichzeitig erhebt die vorliegende Monographie den Anspruch einer Gesamtdarstellung. Dies meint bezogen auf die angesprochenen Themen, dass die relevanten Handlungsfelder, Ideologien und Personenzusammenschlüsse im Sinne einer kritischen Bestandsaufnahme dargestellt und eingeschätzt werden. So geht es in den folgenden Ausführungen um Agitationsthemen und Wirkungsbereiche, Anarchismus und Marxismus sowie Gruppen, Organisationen, Subkulturen und Parteien. Dabei finden bestimmte Bereiche, Ideologien oder Medien entweder aufgrund des begrenzten Raumes für eine Einführung oder wegen der geringen politischen Relevanz kein besonderes Interesse. So gibt es etwa keine separaten Ausführungen zu linksextremistischen Medien in Form von Internet-Seiten oder Publikationsorganen. Und hinsichtlich des organisationspolitischen Linksextremismus musste eine Auswahl relevanter Personenzusammenschlüsse erfolgen. Eine überschaubare Gesamtdarstellung erhebt eben nicht den Anspruch auf absolute Vollständigkeit.

Ebenso wie in einer Einführung nicht alle Aspekte zu einem Thema ausführlich behandelt werden können, können in einer Einführung auch nicht alle Details mit entsprechenden Hinweisen genau belegt werden. Um das Literaturverzeichnis nicht ausufern zu lassen, beschränken sich die Angaben meist zu Beginn auf wenige Titel. Lediglich bei den ausführlicher behandelten Phänomenen erfolgen mehrere Hinweise auf einschlägige Publikationen. Angesichts des ganz unterschiedlich entwickelten Forschungsstandes – worauf anschließend noch näher eingegangen werden soll – fehlt es mitunter an entsprechenden Arbeiten. Daher musste in solchen Fällen auf die Berichte der Verfassungsschutzbehörden oder die Selbstdarstellungen der Organisationen verwiesen werden. Häufig nennt der Autor auch eigene Publikationen, was sich nicht durch eine Neigung zu Eitelkeit oder Selbstgefälligkeit erklärt. In solchen Fällen liegen hier kürzere Darstellungen zu Themen vor, welche an anderen Orten ausführlicher behandelt wurden.

1.3 „Handlungsstil“ und „Organisationsform“ als Kriterien

Bezogen auf die Frage, nach welchen Kriterien sollen die gemeinten Phänomene in einer Einführung und Gesamtdarstellung zum Linksextremismus dargestellt und unterschieden werden, bieten sich verschiedene Antworten an. Dafür können „Gewaltbereitschaft“, „Handlungsstile“, „Ideologierichtungen“ und „Organisationsformen“ die geeigneten Merkmale bilden. Hinsichtlich des ersten und dritten Gesichtspunktes lässt sich nur eine zweiteilige Differenzierung in gewaltablehnende und gewaltbefürwortende bzw. anarchistische und marxistische Bestrebungen vornehmen. Demgegenüber bieten die Kriterien „Handlungsstile“ und „Organisationsformen“ ein höheres Maß an Möglichkeiten zur Einordnung und Unterscheidung. Diesen formalen Kriterien sind hier inhaltliche Gesichtspunkte vorangestellt, welche die politischen Einstellungen thematisieren. Ihnen widmen sich die Ausführungen zu den Grundlagen linksextremistischer Ideologie im Sinne des klassischen Marxismus, des Marxismus nach Marx und des Anarchismus.

Für die Merkmale „Handlungsstil“ und „Organisationsformen“ besteht ein inhaltlicher Kontext bezogen auf die Art des Engagements und die Struktur des Akteurs. Im parteipolitischen Bereich geht es um entsprechende Organisationen, die mit der Kandidatur zu Wahlen auf sich aufmerksam machen. Indessen muss sich eine Partei nicht auf diese Handlungsebene beschränken oder konzentrieren. Mitunter ist dies nur ein Feld für Aktivitäten, das um eine Aktionsorientierung mit beabsichtigter öffentlicher Wirkung oder ein Engagement in Teilbereichen der Gesellschaft ergänzt wird. Insbesondere Kleinparteien mit nur geringen Erfolgen bei Wahlen setzen zusätzlich auf diese Ebene des politischen Engagements. Gleiches gilt in noch höherem Maße für den organisationspolitischen Bereich, womit allgemein Gruppen, Netzwerke, Organisationen oder Vereine gemeint sind. Sie können bezogen auf den Handlungsstil – etwa bei der Einstellung zur Gewaltanwendung – durchaus grundlegend unterschiedliche Positionen oder Praktiken aufweisen.

Hinsichtlich der subkulturellen Dimension muss von einem eher geringen Grad von Organisationsneigung und von einer selbstgewählten Isolation von der Mehrheitsgesellschaft ausgegangen werden. Nicht nur bezogen auf die politischen Einstellungen, sondern auch hinsichtlich Habitus, Kleidung und Lebensstil grenzt man sich dezidiert vom Mainstream ab. Diese Einstellung kann, muss aber nicht mit extremistischen und gewaltorientierten Neigungen einhergehen. Letzteres steht indessen bei der terroristischen Form einer politischen Bestrebung außer Frage: Gemeint sind damit nach dem Grundkonsens eines allgemeinen „Terrorismus“-Verständnisses eher kleine und politisch schwache Gruppen aus der Gesellschaft, welche im Namen einer bestimmten Ideologie geplant und kontinuierlich Gewalttaten höherer Intensität begehen. Die vorstehende Differenzierung mit den

Kriterien „parteilich“, „organisationspolitisch“, „subkulturell“ und „terroristisch“ beansprucht indessen nur idealtypische Gültigkeit, gibt es doch sehr wohl Übergangsbereiche.

1.4 Aussagekraft und Zuverlässigkeit von Mitgliederzahlen

In der vorliegenden Einführung und Gesamtdarstellung finden sich bei der Beschreibung und Einschätzung der jeweiligen linksextremistischen Organisationen bzw. Personengruppen regelmäßig auch quantitative Angaben zu Anhängern und Mitgliedern. Hierbei stellt sich allgemein die Frage nach der Aussagekraft und Zuverlässigkeit. Bezogen auf den letztgenannten Gesichtspunkt kann zunächst konstatiert werden, dass es Organisationen wie insbesondere die Parteien gibt, welche selbst Angaben zu der Zahl ihrer Mitglieder machen. Darüber liegen zumindest intern genaue Angaben vor, erhalten die gemeinten Personen doch bei ihrem Eintritt einen Mitgliedsausweis. Außerdem sollen regelmäßig Beiträge an die Organisation bzw. Partei gezahlt werden. Gleichwohl müssen selbst von daher die bekannten Zahlen nicht stimmen: Zum einen geben insbesondere Kleinparteien gern um der eigenen öffentlichen Aufwertung willen höhere Mitgliederzahlen an. Zum anderen ist auch von größeren Parteien ein nicht sorgsamer Umgang mit Mitgliederlisten bekannt.

Noch problematischer gestaltet es sich, wenn quantitative Angaben über subkulturelle oder terroristische Erscheinungsformen gemacht werden sollen. Hier bestehen keine formalen Mitgliedschaften. Darüber hinaus gibt es auch keine trennscharfen Kriterien, um die gemeinte Anhängerschaft quantitativ zu erfassen. Im subkulturellen Bereich stellt dies ein großes Problem dar, weil sich einzelne Personen häufig im Übergangsbereich zu anderen subkulturellen Strömungen bewegen. Darüber hinaus schwankt dort nicht selten die Bereitschaft zum politischen Engagement. Lediglich die Verfassungsschutzbehörden veröffentlichen regelmäßig Zahlen zu den Angehörigen bzw. Mitgliedern linksextremistischer Bestrebungen. Sie entstehen auf Basis ihrer kontinuierlichen Beobachtung des gemeinten politischen Lagers, wobei die Perspektive zwischen allgemeinen Schätzungen und genauem Wissen hin und her schwanken dürfte. Da nun aber keine andere Datenbasis für Mitgliederzahlen besteht, dienen dazu auch hier die Verfassungsschutzberichte als Quelle.

Indessen sind nicht „Zahlen um der Zahlen“ willen von Interesse, sagen doch quantitative Angaben nicht allein etwas über eine damit einhergehende politische Bedeutung aus. Besteht eine Organisation primär aus zwar zahlenden, aber inaktiven Mitgliedern, muss dies für deren Handlungsfähigkeit bei einer inhaltlichen

Einschätzung konkrete Berücksichtigung finden. Gleiches gilt für Organisationen, die sich etwa zu großen Teilen aus Mitgliedern in einem hohen Lebensalter oder aus besonders stark politisch und sozial in der Gesellschaft isolierten Personen zusammensetzen. Bei gewaltorientierten Extremisten bis hin zu einer terroristischen Praxis stellen meist schon Aktivistenpotentiale mit einer zweistelligen Personenanzahl eine ganz andere Dimension der Gefahr dar. Somit bedarf es nicht nur des Blicks auf die rein quantitative Größe der jeweiligen Gruppe oder Organisation. Darüber hinaus muss bei den Einschätzungen der konkrete Handlungsstil und die soziale Zusammensetzung der untersuchten Personenzusammenschlüsse gesonderte Beachtung finden.

1.5 Bisherige Gesamtdarstellungen zum Linksextremismus

Bei der vorliegenden Einführung und Gesamtdarstellung zum Linksextremismus handelt es sich nicht um die erste Monographie mit dem damit einhergehenden Anspruch. Hier sollen die drei bisherigen politikwissenschaftlichen Darstellungen kurz bezüglich ihrer Inhalte in der Schwerpunktsetzung beschrieben und hinsichtlich ihrer Unterschiede zur vorliegenden Arbeit kommentiert werden: Patrick Moreau und Jürgen P. Lang legten 1996 ihr Buch „Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr“ vor, worin sie folgende Auffassung vertraten: „Die PDS ist inzwischen zum neuen Magneten der linksextremen ‚Szene‘ geworden“ (Moreau/Lang 1996, S. 22). Daher beschrieben die Autoren den Linksextremismus im Lichte der damaligen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS). Der umfangreiche Band präsentierte eine Fülle von beachtenswerten Daten und Fakten, blieb dabei aber allzu sehr einer beschreibenden Perspektive verhaftet. Darüber hinaus sind aus heutiger Sicht die Angaben aus dem Zeitraum von Mitte der 1990er Jahre überholt.

Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler legten als Herausgeber 2002 das „Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr“ (Knütter/Winckler 2002) vor. Es enthielt zehn Aufsätze, die thematisch von der Bedeutung des Antifaschismus als „pseudomoralischer Basis“ über den Einfluss der Achtundsechziger Bewegung in der evangelischen Kirche bis zum Wirken der linksextremistischen Szene im Internet reichten. Wie bereits diese Auswahl von Themen deutlich macht, handelte es sich nicht um ein Handbuch im eigentlichen Sinne. Die einzelnen Texte standen allenfalls für Fallstudien zu bestimmten Gesichtspunkten. Auch in Kombination miteinander erfüllten sie nicht den titelgebenden Anspruch eines Handbuchs. Genauere Erläuterungen zu Definitionen und Ideologie vermisste man ebenso wie bei Moreau/Lang. Ein anderes Problem mit diesem „Handbuch“

bestand und besteht darin, dass es sich angesichts der dortigen Dominanz von politisch „rechts außen“ stehenden Autoren primär um ein ideologisches und nicht um ein wissenschaftliches Werk handelt.

Und schließlich sei auf das von Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen vorgelegte Buch „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat“ (Bergsdorf/Hüllen 2011) verwiesen. Es nimmt im Unterschied zu den vorgenannten Monographien auch eine Klärung der genutzten Arbeitsbegriffe vor. Darüber hinaus findet man dort ein umfangreiches Kapitel zu Befindlichkeiten und Denkstrukturen im Linksextremismus, das aus analytischer Perspektive trotz einiger inhaltlicher und polemischer Überspitzungen besondere Aufmerksamkeit verdient. Die anarchistischen Autonomen und die orthodoxen Kommunisten kommen nur kurz vor, während der Partei „Die Linke“ in der „Grauzone“ (Bergsdorf/Hüllen 2011, S. 92) weitaus mehr Seiten gewidmet werden. Ansonsten fallen beim vergleichenden Blick auf die einzelnen Kapitel nicht nur Unterschiede in der Länge, sondern auch im Niveau auf. Die gelegentlichen polemischen Noten des Textes lassen sich je nach Einstellung der Leser unterschiedlich bewerten.

1.6 Forschungsstand I: Parteipolitischer Linksextremismus

Wie kann darüber hinaus der Forschungsstand zu den – bezogen auf Handlungsstil und Organisationsformen – unterschiedlichen Teilbereichen des Linksextremismus eingeschätzt werden? Hinsichtlich des parteipolitischen Linksextremismus lässt sich allgemein das Fehlen einschlägiger Gesamtdarstellungen konstatieren. Besser steht es um Literatur zu der lange Zeit in diesem Bereich dominierenden „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP): Seit Ende der 1960er Jahre erschienen bis Anfang der 1990er Jahre regelmäßig Darstellungen als Monographien, wobei häufig eine politische Dimension im affirmativen wie kritischen Sinne die einschlägigen Publikationen prägte. Gleichwohl kamen auch zahlreiche differenzierte Arbeiten zum Thema auf den Buchmarkt (vgl. u. a. Heimann 1983; Wilke u. a. 1990), allerdings noch ohne ausführlichere Angaben zu der seinerzeit öffentlich nicht näher bekannten Anleitung der Partei durch die SED in der DDR. Nach 1990 erschienen kaum noch neuere Arbeiten (vgl. u. a. Moreau/Gleumes 1998; Hirscher/Pfahl-Traughber 2008).

Die „Kommunistischen Gruppen“ der 1970er Jahre, die sich ebenfalls parteipolitisch engagierten, fanden in der sozialwissenschaftlichen Forschung demgegenüber weitaus geringeres Interesse. Ausnahmen bestätigen die Regel (vgl. u. a. Kühn 2005;

Langguth 1983). Noch schlechter steht es um Literatur zu der gegenwärtig bedeutsamsten politischen Kraft aus diesem politischen Lager des Linksextremismus: Zur „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD), liegen lediglich zwei kürzere Publikationen vor (vgl. Dietze 2010; Müller-Enbergs 2008). Davon kann bezogen auf den organisationspolitischen Linksextremismus in Gestalt der „Marxistischen Gruppe“ (MG) oder den Trotskisten noch nicht einmal gesprochen werden. Hier besteht schlicht eine Leerstelle in der Forschung. Dies mag im erstgenannten Fall mit der Abschottung und Geheimhaltung der MG-Aktivisten zusammenhängen. Hinsichtlich der Trotskisten ist das Desiderat des Wissens wohl dadurch bedingt, dass es sich hier um eine Vielzahl von konkurrierenden Gruppen handelt.

Bezogen auf die Einschätzung der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) bzw. der Partei „Die Linke“ als linksdemokratisch oder linksextremistisch besteht in der Forschung kein Konsens. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen und politischen Bedeutung liegt zu ihr aber eine Fülle von Publikationen vor (vgl. Pfahl-Traughber 2013b). Hierzu gehören ebenso Gesamtdarstellungen (vgl. u. a. Jesse/Lang 2008; Neugebauer/Stöss 1996) wie Spezialstudien. Letztere beschäftigen sich mit der PDS bzw. „Die Linke“ etwa aus der Perspektive der Extremismus- oder der Parteienforschung (vgl. u. a. Lang 2003; Spier u. a. 2007). Aufgrund einschlägig hoher Stimmenanteile konnten die Wahlforschungsinstitute auch regelmäßig Daten zur sozialen Zusammensetzung der Wähler vorlegen. Die Medien berichten regelmäßig aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln über interne Entwicklungen – wozu auch und gerade parteiinterne Konflikte gehören. Insofern gibt es zur Partei im engeren Sinne wie zu ihrer gesellschaftlichen Verankerung ein breites Wissen.

1.7 Forschungsstand II: Subkultureller Linksextremismus

Mit dem subkulturellen Linksextremismus sind hier insbesondere die Autonomen gemeint. Obwohl einschlägige Gruppen und Szenen bereits seit Beginn der 1980er Jahre bestehen und sie insbesondere durch Gewalthandlungen medial regelmäßig auf sich aufmerksam machen, kann die Forschung in diesem Bereich als unterentwickelt gelten. Zwar liegen einige wenige Monographien vor, welche auf Examensarbeiten ihrer Autoren an Universitäten zurückgehen. Meist handelt es sich bei den Verfassern aber um ehemalige Angehörige oder Sympathisanten der gemeinten Szenen. Da sie durch ihren biographisch-politischen Vorlauf gute Zugänge zu Primärmaterialien hatten, zeichnen die Darstellungen häufig auch ein

anschauliches und intimes Bild von Innenleben und Selbstdarstellung der Autonomen. Gleichwohl fehlt es den jeweiligen Autoren häufig an der persönlichen Distanz zum Forschungsobjekt, wenngleich man in den einschlägigen Arbeiten durchaus kritische Bemerkungen findet. Sie gehen aber nur selten über die auch scene-intern präsenten Einwände hinaus.

Hierzu gehört etwa eine Art Gesamtdarstellung, welche die Autoren nicht auf das mediale Bild von der Gewaltgeneigtheit mit dem „Stein in der Hand“ reduziert sehen möchten. Inhaltlich geht es um die politischen Vorläufer und spezifischen Besonderheiten. Dabei stehen Feindbilder und Gewaltauffassung, Handlungsfelder und Identität, Kampagnenpolitik und Lebenswelt, Organisationsformen und Publikationsorgane, Selbstverständnis und Zweckbündnisse im Zentrum des Interesses (vgl. Schultze/Gross 1997). Aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive der Forschungen zu den Neuen Sozialen Bewegungen nähert sich eine andere Publikation den Autonomen: Darin findet man einen ausführlichen Teil zu ihrer Bewegungskultur, welche sich Aktionsformen wie Gewaltanwendungen, Massenaaktionen und Sachbeschädigungen ebenso widmet wie der Symbolik wie Kleidung, Selbstinszenierung und Vermummung. Der größte Teil der Arbeit besteht in der Rekonstruktion der Entwicklungsgeschichte der Autonomen von Beginn der 1980er bis Ende der 1990er Jahre (vgl. Schwarzmeier 2001).

Ebenfalls aus der Perspektive der Bewegungsforschung setzt sich noch eine andere Studie mit dieser linksextremistischen Subkultur auseinander, wobei eine vergleichende Betrachtung zu der im engeren Sinne eher unpolitischen Bewegung von Homosexuellen angestellt wird. Bezogen auf das Erkenntnisinteresse steht dabei der Prozess kollektiver Identitätsbildung im internen Aushandlungsprozess und im externen Austauschprozess im Mittelpunkt des Interesses. Bei den gesonderten Ausführungen zu den Autonomen findet man nach Darstellungen zu Aktionen, Strategien und Themen Diskursanalysen bezogen auf Geschlechterverhältnisse, Militanzfragen und Organisationsverständnis (vgl. Haunss 2004). Was komplett in diesen wie in anderen Publikationen fehlt sind repräsentative Daten zur sozialen Zusammensetzung der Autonomen-Szene, woraus sich auch Erkenntnisse über die Motivation zum Einstieg, aber auch zum Ausstieg jeweils bezogen auf politische, psychologische und soziale Bedingungsfaktoren ergeben könnten.

1.8 Forschungsstand III: Terroristischer Linksextremismus

Beim terroristischen Linksextremismus handelt es sich angesichts der Auflösung der einschlägigen Gruppierungen um ein historisches Thema. Gleichwohl verdient es in einer Einführung und Gesamtdarstellung zu dem gemeinten politischen Lager

inhaltliches Interesse. Zum einen findet man nicht nur in der Autonomen-Szene immer wieder affirmative Bezüge zu den damit gemeinten Gruppen, zum anderen besteht bei Minderheiten in dieser Subkultur die Gefahr einer Hinwendung zu terroristischem Vorgehen. Diese dürfte – was später noch ausführlicher thematisiert wird – wohl nicht eine ähnlich hohe Gewaltintensität wie bei der „Roten Armee Fraktion“ seit Mitte der 1970er Jahre annehmen. Gleichwohl können auch Anschläge auf Einrichtungen oder Fahrzeuge mit Aufwand und Kontinuität sehr wohl terroristische Dimensionen annehmen. Aus einem solchen Agieren entstand schon einmal eine mörderisch vorgehende Gruppe. Dieser Hinweis macht die Notwendigkeit der Beschäftigung mit dem Thema aus analytischer wie präventiver Sicht deutlich.

Für die RAF kann entsprechend des allgemein zugänglichen Wissens ein recht gut entwickelter Forschungsstand konstatiert werden: So liegen etwa mehrere gelungene journalistische oder wissenschaftliche Gesamtdarstellungen zu dieser Gruppe vor (vgl. u. a. Peters 2004; Winkler 2007). Dabei fällt auf, dass ein Schwerpunkt bei der „Ersten Generation“ liegt: Während die Entwicklungen von 1970 bis 1977 große Aufmerksamkeit finden, liegen zur späteren Phase weniger Studien vor. Gleichwohl kann auch für diesen Zeitraum ein relativ gut entwickelter Forschungsstand konstatiert werden. Dies gilt indessen nicht für alle Fragen, wie etwa die Hintergründe der Unterstützung durch die DDR-Regierung. Darüber hinaus liegen ausführliche Biographien oder Sammelbände zur Geschichte der Akteure und der Organisation der RAF vor (vgl. u. a. Kraushaar 2006; Wesemann 2007). Sie informieren über viele Details von persönlichen Entwicklungswegen einzelner Protagonisten bis zu unterschiedlichen Kooperationen mit anderen Gruppen.

Ganz anders steht es um den Forschungsstand zur „Bewegung 2. Juni“ und zu den „Revolutionären Zellen“ (RZ), liegt doch zu beiden keine einzige Monographie mit wissenschaftlichem Anspruch vor. Man findet allenfalls in Gesamtdarstellungen einzelne Kapitel (vgl. u. a. Backes 1991, S. 79–96; Rabert 1995, S. 187–222) oder in Sammelbänden jeweils Aufsätze (vgl. u. a. Wörle 2008; Wunschik 2006). Hier gibt es ein erstaunliches Missverhältnis, das sich wohl nur durch die größere mediale Präsenz der RAF auch aus der gegenwärtigen Perspektive erklärt. In den 1970er und 1980er Jahren konnten die „Bewegung 2. Juni“ und die RZ sehr wohl mit spektakulären Anschlägen und Entführungen auf sich aufmerksam machen. Heute ist die inhaltliche Aufmerksamkeit für beide Gruppen notwendiger denn je, steht doch deren eigenständig und zellenartig ausgerichtetes Handlungsmodell und Organisationsverständnis für einen allgemeinen Trend in den ideologisch ganz unterschiedlich ausgerichteten Formen des Terrorismus.

1.9 Forschungsstand IV: Gesellschaftlicher Linksextremismus

Mit gesellschaftlichem bzw. sozialem Linksextremismus ist hier die Akzeptanz einschlägiger Einstellungen und Mentalitäten in der Bevölkerung gemeint. Sie bilden eine Art Resonanzboden für das Agieren der angesprochenen politischen Akteure, die darin auch ein mögliches Mobilisierungspotential erblicken. Während eine Fülle einschlägiger Studien zu rechtsextremistischen Einstellungen vorliegt, mangelt es an entsprechenden Untersuchungen zu linksextremistischen Einstellungen. Gegenüber den wenigen Ausnahmen kann eine grundlegende Kritik formuliert werden: Zwar beanspruchen die gemeinten Arbeiten, eine Differenzierung von linksdemokratischen und linksextremistischen Positionen vorzunehmen. Gleichwohl macht der Blick auf die Einstellungsstatements bzw. Items dies nicht deutlich: Man nutzt meist Aussagen zu Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen, die zwar auch von Linksextremisten vertreten werden. Gleichwohl müssen sie von ihrer inhaltlichen Grundposition her nicht notwendigerweise linksextremistisch motiviert sein.

Als ein älteres Beispiel kann eine vom Institut für Demoskopie 1984 publizierte Untersuchung zum Extremismus-Potential unter jungen Menschen gelten. Sie kam damals zu dem Ergebnis, dass 12,4 % (9,4 % aktive, 3,0 % passive) der 18- bis 25jährigen Befragten Linksextremisten seien (zum Vergleich: 6,2 % galten als Rechtsextremisten, davon 3,7 % aktiv und 2,5 % passiv). Dieser empirische Befund entsprach aber nicht den seinerzeit bekannten Daten zu Anhänger- und Mitgliedschaft linksextremistischer Organisationen. Die hohen Angaben kamen durch die Nutzung von nicht eindeutig linksextremistischen Einstellungsstatements wie den folgenden zustande: „Wir brauchen eine Partei im Bundestag, die links von der SPD steht“, „Die entscheidenden Schlüsselzweige der Wirtschaft müssen verstaatlicht werden“, „Wirklich frei werden die Menschen erst dann sein, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt“ oder „Großgrundbesitzer müssen enteignet werden“ (vgl. Noelle-Neumann/Ring 1984, S. 32, 37, 100 f.).

Ähnliche Einwände können gegen Untersuchungen der Konrad Adenauer-Stiftung, einmal zwei empirisch-repräsentative Arbeiten von 1997 und 2007 und einmal eine quantitative explorative Studie von 2012, formuliert werden. Auch hier nutzte man Einstellungsstatements, die zwar auch linke Extremisten, aber auch linke Demokraten vertreten. Für die erstgenannten beiden Untersuchungen waren dies beispielsweise: „Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können“ oder „Die Arbeitslosigkeit wird nur durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen“. Und bei der quantitativen Studie

fanden bei der Ermittlung von Probanden etwa die folgenden Items konkrete Anwendung: „Die Macht der Großkonzerne, Menschen auszubeuten, muss gebrochen werden“ oder „Der Staat geht generell unverhältnismäßig hart gegen linke Demonstranten vor“ (vgl. Neu 2009, S. 65 f.; Neu 2012, S. 18 f.). Durch die Nutzung dieser nicht trennscharfen Items kam es auch zur Verzerrung der übrigen Ergebnisse.

1.10 Verfassungsschutzberichte als Informationsbasis

Angesichts der erwähnten Lücken, die in bestimmten Bereichen der Forschung mit den unterschiedlichen Phänomenen des Linksextremismus ausgemacht werden können, erfolgt in der vorliegenden Arbeit mitunter ein Rückgriff auf die Verfassungsschutzberichte als Informationsbasis. Immerhin handelt es sich bei diesen Einrichtungen um die einzigen Stellen, die kontinuierlich auf der Basis einer einheitlichen Perspektive die Entwicklung in dem gemeinten politischen Lager verfolgen. Darüber hinaus erhalten diese Behörden durch ihre nachrichtendienstlichen Zugänge exklusive Informationen über die interne Entwicklung in den Gruppen, Netzwerken, Organisationen und Parteien. Solche Erkenntnisse ermöglichen es jeweils auch, hinter das für die Öffentlichkeit gezeichnete Bild eines politischen Akteurs zu blicken. Darüber hinaus erhält man über die Verfassungsschutzberichte auch Informationen zu Personenzusammenschlüssen, die sich ansonsten ganz bewusst von einer offensichtlich per se als ablehnend oder kritisch eingestellten Außensicht abschotten.

Gleichwohl ist der Rückgriff auf die Informationen dieser Behörden aus sozialwissenschaftlicher Perspektive nicht unproblematisch: Gerade die nachrichtendienstlich gewonnenen Erkenntnisse sind für Außenstehende hinsichtlich ihrer Richtigkeit und Verallgemeinerbarkeit nicht überprüfbar. Bei der Auswertung und Rezeption der Berichte von „V-Leuten“ bedarf es aufgrund der hohen Bedeutung subjektiver Faktoren sicherlich einer grundsätzlichen Skepsis. Inwieweit diese bei den Akteuren in den Behörden präsent ist, kann ebenfalls nur schwer eingeschätzt werden. Und schließlich fällt bei den Berichten ein hohes Maß an beschreibenden Darstellungen und ein geringes Maß an analytischen Einschätzungen auf. Die doch sehr schematische Perspektive, die sich durch die Sichtweise einer bürokratischen Einrichtung mit einem juristisch fixierten Blick ergibt, ist unverkennbar. Darüber hinaus findet der jeweilige politische und soziale Kontext, sei es in Form der Gesamtgesellschaft oder in Gestalt des Umfeldes, nur geringe Aufmerksamkeit.

Indessen darf ein kritischer Blick aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive nicht verkennen: Bei den Behörden für Verfassungsschutz handelt es sich nicht

um Forschungseinrichtungen, sondern um Inlandsnachrichtendienste. Bestimmten Fragen stellt man sich ebendort gar nicht, da eine andere Sichtweise auf ein spezifisches Phänomen besteht. Das dort präsentierte Daten- und Informationsmaterial ist gleichwohl für eine Darstellung und Einschätzung der Entwicklung in den unterschiedlichen Bereichen des Extremismus unverzichtbar. Berücksichtigt man die damit einhergehenden Besonderheiten, können die Verfassungsschutzberichte sehr wohl als Informationsbasis genutzt werden. Dies geschieht auch in der vorliegenden Arbeit (wobei dann in Klammern mit dem Kürzel VSB auf die Berichte für das jeweils vorherige Jahr verwiesen wird). Gegen die darin enthaltenen Aussagen klagen mitunter auch die dort Genannten, mal mit, mal ohne Erfolg, was eben auch für das Funktionieren einer von vielen Kontrollmöglichkeiten spricht.